

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 29 (2009)
Heft: 57

Artikel: Neuer Staatsinterventionismus? : Brüche und Kontinuitäten im marktliberalen Diskurs
Autor: Bieling, Hans-Jürgen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652166>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neuer Staatsinterventionismus?

Brüche und Kontinuitäten im marktliberalen Diskurs

Noch vor einigen Monaten schien es, als könnte sich im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ein politischer Paradigmenwechsel vollziehen. In der Tagespresse und in den großen Wochenzeitschriften wurde mit großem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass einige zuletzt gepflegte thematische Tabus – so z.B. staatliche Interventions- und Konjunkturprogramme, industriepolitische Rettungsschirme, die (Teil-)Verstaatlichung von Banken und eine strengere Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte bis hin zur sogenannten Tobin-Steuer – gebrochen und auf die politische Agenda gelangt waren. Durch die Neigung zur medialen Überzeichnung plötzlicher politischer Kehrtwendungen entstand vorübergehend der Eindruck, als würden marktliberale Strategien und Programme fortan keine Rolle mehr spielen und sich stattdessen vollkommen neue Gestaltungsoptionen ergeben.

Die verdeckt bis offen optimistische Kriseninterpretation, die vor allem die politischen Chancen einer strategischen Neuorientierung im Blick hatte, ist inzwischen passé. Jenseits einiger infrastruktureller Investitionen und umweltpolitischer Programmelemente scheinen sich – im öffentlichen Diskurs wie auch in der politischen Praxis – vorerst die marktliberalen Verfechter eines um die Katastrophenschutzfunktion erweiterten Wettbewerbsstaates durchgesetzt zu haben. Angesichts der anhaltenden Neoliberalismus-Kritik bedarf der Erfolg des Leitbildes eines modifiziert-marktliberalen Wettbewerbsstaates freilich der Erklärung; allein schon, um dem im öffentlichen Diskurs – im Vorfeld der Bundestagswahlen – genährten Eindruck zu widersprechen, dass es im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise nur ein kurzes „Gelegenheitsfenster“ für politische Alternativen gab, das sich mittlerweile wieder geschlossen hat (vgl. auch die Kritik von Demirovic 2009). Denn zum einen sind die Faktoren, die die Krise verursacht haben, keineswegs beseitigt worden; und zum anderen treten – durch die steigende Staatsverschuldung – nunmehr sekundäre Krisenphänomene in den Vordergrund (vgl. Sachverständigenrat 2009, 174ff), die die Strategie eines modifizierten „Weiter so“ potenziell in Frage stellen.

Konkurrierende Leitbilder des Staates in der Krisendiskussion

Die strategisch-diskursiven Wendungen der jüngeren Staatsdiskussion haben eine Vorgeschichte, die bis Anfang bzw. Mitte der 1970er Jahre zurückreicht

(vgl. Bieling 2009a). Damals war das Leitbild des keynesianischen Wohlfahrtsstaates von zwei Seiten in Frage gestellt worden: Von links wurde kritisiert, dass sich der bürokratische Charakter der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung und Krisenintervention mit den gesellschaftlich-partizipativen Kontroll- und Mitgestaltungsansprüchen oft nur unzureichend in Übereinstimmung bringen ließ (vgl. Offe 1972; Habermas 1973); und die Kritik von rechts hob hervor, dass die finanzielle Überforderung und die wohlfahrtsstaatlich genährte Anspruchsinflation nicht nur der sogenannten „Unregierbarkeit“ Vorschub leisteten, sondern auch die wirtschaftliche Dynamik und Leistungsfähigkeit behinderten (vgl. Hennis 1976; Matz 1978).

Der zuletzt genannten Argumentation lag die Vorstellung von einer angemessenen Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und sozialpolitischer Regulierung zugrunde. Diese Idee wurde in der Folge in einer Reihe spezifischer Leitbilder des Staates unterschiedlich konkretisiert:

- Zunächst mündete die Kritik am bevormundend-bürokratischen, kostenintensiven und leistungsfeindlichen Wohlfahrtsstaat in das Leitbild des „schlanken Staates“ (vgl. Metzen 1994) bzw. „verschlankten Wettbewerbsstaates“. Gemäß diesem Leitbild sollte sich der Staat auf seine unmittelbaren Kernaufgaben konzentrieren, d.h. durch Maßnahmen der arbeits- und sozialpolitischen Flexibilisierung und Deregulierung sowie durch Privatisierungsprogramme sich selbst entlasten und zugleich die Selbstheilungskräfte des Marktes und die Privatinitiative des freien Unternehmertums stimulieren (vgl. Jessop 1993).

- In dem Maße, wie diese Frontalstrategie viele soziale Folgeprobleme generierte und in der Praxis auf institutionelle und politische Widerstände stieß, drängte im Laufe der 1990er Jahre das Leitbild des „aktivierenden Staates“ in den Vordergrund (vgl. Giddens 1994, 174ff). Dieses bildete einen wichtigen Kristallisationspunkt der neu-sozialdemokratischen Diskussion über den Dritten Weg und sollte durch eine Neujustierung politisch-institutioneller Arrangements zusätzliche gesellschaftliche Produktivitätspotenziale mobilisieren: etwa durch die Stärkung kooperativer staatlich-zivilgesellschaftlicher Dialog- und Verhandlungsarenen; durch eine effektivere Organisation von staatlichen und privaten Leistungen; oder die Aufwertung von bürgerschaftlichem Engagement und die staatliche Förderung von Eigenverantwortlichkeit.

- Durch das Leitbild des „Gewährleistungsstaates“ ist diese Orientierung nochmals akzentuiert worden. Dieses Leitbild geht davon aus, dass der alte „Produktions- oder Leistungsstaat“ den Anforderungen einer modernisierten, den privaten Unternehmen und dynamischen Marktkräften neuen Raum gebenden Wirtschaftsordnung nicht mehr entspricht und das Angebot öffentlicher Versorgungsleistungen in vielen Bereichen von privatwirtschaftlichen Betrieben sehr viel effektiver zu erbringen ist. Der Staat wird damit

keineswegs überflüssig. Er wandelt sich jedoch vom Versorgungserbringer zum Versorgungsmanager. Das heißt, er ist oft nur noch dafür zuständig, durch die Institutionalisierung einer passenden Wettbewerbs- und Aufgabenregulierung eine flächendeckende Versorgung, eine ausreichende Qualität und ein angemessenes Preisniveau der vormals vom Staat selbst erbrachten Leistungen zu gewährleisten (vgl. Schuppert 2008).

Die hier nur knapp skizzierten Leitbilder sollten als konkurrierende Perspektiven betrachtet werden, die sich nicht unbedingt wechselseitig ausschließen, sondern vielfach ergänzen. Sie reagier(t)en jeweils auf spezifische gesellschaftliche Krisenphänomene: der „verschlankte Wettbewerbsstaat“ auf die Staatsverschuldung und schwache private Investitionsbereitschaft, der „aktivierende Sozialstaat“ auf die anhaltend hohe Erwerbslosigkeit und der „Gewährleistungsstaat“ auf die Regulierungsanforderungen der Privatisierung. Der Zusammenhang von Krise, Kritik und gesellschaftlicher Leitbildproduktion stellt sich im Einzelfall oft recht kompliziert dar. Vereinfacht kann jedoch davon ausgegangen werden, dass in Krisen als Phasen tiefer Unsicherheit die bisherigen Überzeugungen und sozialen Praxen – zumindest partiell – in Frage gestellt werden, und die öffentlichen Meinungsproduzenten, also die Intellektuellen, Journalisten und Politiker versuchen, neue Leitbilder und neue Perspektiven in die Diskussion einzubringen oder aber die alten Konzepte und Sichtweisen durch gewisse Anpassungen zu verteidigen.

Im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich denn auch eine spezifische Konstellation gegenläufiger Diskurse und Leitbilder gezeigt: Auf der einen Seite schienen die staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Finanzsystems und die Konjunkturprogramme all jenen rechtzugeben, die die Krisenursachen in der Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaftsbeziehungen, der Genese eines „Kasino-Kapitalismus“, der Demontage des öffentlichen Sektors und der wachsenden sozialen Ungleichheit sahen, und die im Gegenzug das Leitbild eines demokratischen Sozial- und Investitionsstaates proklamierten (vgl. u.a. Habermas 2008; Bsirske 2008; Bofinger 2009). Diese Perspektive profitierte augenscheinlich von der zwischenzeitlichen Sprachlosigkeit all jener, die zuvor wissenschaftlich oder politisch die marktliberale Orthodoxie verteidigt hatten (vgl. Ahmia 2008). Doch letztlich hielt diese Sprachlosigkeit nicht allzu lange an. Im Verlauf der Krise formierten sich auf der anderen Seite entsprechend die Befürworter einer marktliberalen Wettbewerbspolitik. Im Unterschied zur früheren Diskussion räumten diese freilich ein, dass unter außergewöhnlichen Bedingungen wie der globalen Finanzkrise – mit Verweis auf Carl Schmitt spricht Michael Wohlgemuth (2009) von einem politökonomischen „Ausnahmestand“ – der Staat nicht nur als ordnende Hand, sondern auch als eine Art „Katastrophenschützer“ gefragt ist, also die staatlichen Interventionskompetenzen punktuell und begrenzt zu erweitern sind (vgl. Koch 2008; Ackermann 2009).

Der Staat als „Wettbewerbsförderer“ und „Katastrophen-Schützer“ – ein neues Leitbild?

Mittlerweile wird die öffentliche Debatte in vielen westeuropäischen Ländern durch diese zweite Position bestimmt. Es lohnt daher, sich ihre wichtigsten Elemente noch einmal genauer anzuschauen. Zunächst fällt auf, dass das Leitbild des „verschlankten Wettbewerbsstaates“ mit den zentralen Elementen der „Entstaatlichung“ oder Privatisierung, der arbeits- und sozialpolitischen Flexibilisierung und Deregulierung sowie der finanzpolitischen Konsolidierung nach wie vor die Grundlage des Katastrophenschutzstaates bildet. Auch öffentliche Gewährleistungsaufgaben und einige Momente der arbeits- und sozialpolitischen Aktivierung sind durchaus akzeptiert. In ihrer jüngsten Regierungserklärung stellt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (2009) in diesem Sinne heraus: „Wenn wir das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat wirklich verbessern wollen, dann ist und bleibt es auch bei dieser Aufgabe das Wichtigste, Beschäftigungsbremsen zu lösen und Anreize für Arbeit zu schaffen. Wer für sich selber vorsorgt, dem muss der Staat dabei helfen.“ Jenseits derartiger Bekundungen, und dies ist das eigentlich Neue, wird in Anbetracht der Krise plötzlich aber auch die Möglichkeit, ja sogar Notwendigkeit der staatlichen Intervention in den Wirtschaftsprozess wiederentdeckt; gewissermaßen als *ultima ratio* zur „Systemerhaltung“ des Kreditwesens sowie zur Stabilisierung des Wirtschaftskreislaufs.

Von kleineren Unterschieden einmal abgesehen, werden in der Diskussion zumeist drei zentrale Argumentationsbausteine hervorgehoben und miteinander verknüpft:

Der erste Argumentationsbaustein besteht in einer spezifischen Krisendiagnose. Diese widerspricht der zunächst weithin geteilten Sichtweise, dass die Krise als Ausdruck eines Marktversagens zu betrachten ist, also durch die entfesselte Eigendynamik der Finanzmärkte verursacht wurde. Im Gegenzug wird stattdessen die These vom Staatsversagen aktualisiert: zum einen, indem darauf aufmerksam gemacht wird, dass für die Regelung – die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen – der Märkte, so auch für die defizitäre (De-)Regulierung der Finanzmärkte oder die Bankenaufsicht, grundsätzlich der Staat zuständig ist (vgl. Koch 2008; Westerwelle 2009); und zum anderen, indem die Finanzblase maßgeblich auf die Politik des lockeren Geldes, d.h. die tendenziell expansive Geldpolitik der Federal Reserve, der US-amerikanischen Zentralbank zurückgeführt wird (vgl. Straubhaar et al. 2009, 24f).

Diese Krisendiagnose ist für die politische Strategie freilich erst in einer mittel- und langfristigen Perspektive maßgeblich. Kurzfristig, so der zweite Argumentationsbaustein, kommt dem Staat mangels Alternativen notgedrungen die Aufgabe zu, das Schlimmste zu verhindern. In den Worten des CDU-Politikers Roland Koch (2008): „Der Staat ist jetzt als

Katastrophenschutz tätig, und das Wort Katastrophe ist dabei wörtlich zu nehmen. Ein Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft würde zu Unternehmenspleiten, Millionen von Arbeitslosen allein in Deutschland und zu einem Zerfall des staatlichen Steueraufkommens mit allen Folgen für die Stabilität einer modernen Demokratie führen.“ Die „Katastrophe“ vor Augen, wuchs zwischenzeitlich die Bereitschaft zu einer erzwungenen Ad hoc-Staatsintervention. Angesichts dieses Erzwingungscharakters sind die umfassenden staatlichen Rettungspakete für Finanzinstitute, die extensive Liquiditätsversorgung durch die Zentralbanken und Finanzministerien und auch die Auflage spezifisch zugeschnittener Konjunkturprogramme (vgl. Roth 2009: 62ff) in der öffentlichen Diskussion vielfach als Keynesianismus wider Willen wahrgenommen worden. Inzwischen mehren sich indessen die Anstrengungen, die Wiederentdeckung und positive Bezugnahme auf Keynes dadurch zu relativieren, dass dieser auf die Rolle eines Theoretikers der kurzen Frist – im Unterschied zur langen (vgl. hierzu z.B. Zinn 2008) – reduziert wird (vgl. Straubhaar et al. 2009, 26).

Der dritte Argumentationsbaustein bezieht sich schließlich auf den erneuten Rückzug des Staates, den Koch (2008; ähnlich Wohlgemuth 2009, 220f) wie folgt begründet: „Wie in jeder Katastrophe darf der Staat retten, aufräumen, wiederaufbauen. Dann aber muss er wieder heraus aus den wirtschaftlichen Prozessen des Tages und zurück in die Schranken des Regelwerkes. Bei der Klärung der Frage, wer von wem wofür welchen Preis verlangt, wird der Staat nicht gebraucht, ja er versteht davon nichts. Andernfalls würde die Katastrophe zum Prinzip.“ Etwas offensiver formuliert Guido Westerwelle (2009): „Der Staat kann Heilungsprozesse in der Wirtschaft nicht ersetzen, sondern nur den notwendigen Rahmen dafür schaffen. Das wäre das Gebot der Stunde: Wir müssen den Problemdruck der Krise nutzen, um die Chancen der Krise zu ergreifen und die strukturellen Umbauten zu erledigen, die ohnehin seit vielen Jahren überfällig sind.“ Die mittel- und langfristige Aufgabenbestimmung des Staates scheint seitens der deutschen Regierungspolitik damit relativ klar definiert. Sie besteht erstens darin, durch eine strengere und effektivere Regulierung der Finanzmärkte – unter anderem durch die Trockenlegung von Steueroasen und die Errichtung einer neuen internationalen Finanzarchitektur – zukünftige Finanzblasen zu unterbinden. Zweitens sollten durch weitere Deregulierungsschritte und Steuererleichterungen wirtschaftliche Wachstumskräfte mobilisiert werden.

Drittens geht es schließlich aber auch darum, die in der Krise gestiegene Staatsverschuldung wieder zurückzuführen. Im Gefühl, die Talsohle der Krise durchschritten zu haben, wird in der EU und auch im Rahmen der G8 bereits seit einiger Zeit über die sogenannte „Exit-Strategie“, d.h. über den Ausstieg aus einem aktiven staatlichen Krisenmanagement und die Rückkehr zur finanzpolitischen Konsolidierung, debattiert (vgl. auch Sachverständigenrat 2009, 6ff), die angesichts der vertrauten Instrumente

des Sozialabbaus, der Privatisierung sowie der Erhöhung von Gebühren und indirekten Steuern mutmaßlich die schwächeren gesellschaftlichen Gruppen treffen dürfte.

Der marktliberale Diskurs – erschüttert, aber nicht am Ende

Dass die skizzierten Argumentationsbausteine, nicht zuletzt die Exit-Strategie, auf die Zustimmung der transnationalen Unternehmen und der Banken stoßen (vgl. z.B. Bankenverband 2009), ist wenig überraschend. Gleiches gilt im Prinzip auch für die Klasse der wohlhabenden Geldvermögensbesitzer, die eine prospektiv inflationäre Entwertung ihres monetären Besitzes befürchten. Zu erklären bleibt aber, warum das Leitbild eines um die Katastrophenschutzfunktion erweiterten Wettbewerbsstaates nicht nur die Zustimmung dieser sozialen Gruppen erhält, sondern – zumindest vorübergehend – weit in die Bevölkerung ausstrahlt und Resonanz findet. Die Gründe hierfür sind sicherlich vielschichtig. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit scheinen folgende Aspekte jedoch besonders erklärungskräftig zu sein.

Zunächst präsentierte sich die Organisation des staatlichen Krisenmanagements als alternativlos, intransparent und strukturkonservierend (vgl. Roth 2009, 62ff). Die Alternativlosigkeit resultierte vor allem daraus, dass die gesellschaftlichen Folgen, die ein Zusammenbruch großer Banken oder gar des internationalen Kreditsystems insgesamt mit sich bringen würde, allseits untragbar erschienen. Entsprechend konnten sich die Regierungen und Zentralbanken den zum Teil erpresserisch vorgebrachten Forderungen der Banken, deren Risiken zu übernehmen und umfassende Stützungs- und Überbrückungskredite zu vergeben, kaum entziehen (vgl. Harvey 2009, 107f). Der intransparente Charakter der Gespräche und Verhandlungen beruhte auf gewissen Informationsasymmetrien – etwa was die Struktur und den Umfang der mutmaßlich notleidenden Kredite betraf – und wurde durch die relative Abschottung der sogenannten Expertenzirkel gegenüber einer effektiven öffentlichen Kontrolle verstärkt. Letztere konnte durch eine kritische journalistische Berichterstattung allenfalls punktuell und im nachhinein hergestellt werden, litt jedoch zunehmend darunter, dass durch die Rettungspakete die alten Marktstrukturen weitgehend konserviert wurden; und indirekt ebenso die damit verbundenen Machtverhältnisse.

Dies ist nicht so zu verstehen, dass es keinerlei Erschütterungen gab: Zu erwähnen sind in erster Linie die mitunter dramatischen Abschreibungen und negativen Ausschläge auf den Wertpapiermärkten, aber auch die Proteste gegen die „Gier“ und „Selbstbedienungsmentalität“ der Finanzwelt. Beides hat in der politischen Debatte Spuren hinterlassen, blieb aber, was die Auswirkungen auf die breite Bevölkerung angeht, durch die noch immer einflussreiche Rolle des marktliberalen Diskurses strukturell begrenzt. Paradoxerweise profitiert dieser Diskurs von der simplen, analytisch

hochproblematischen, aber allseits verfochtenen – und auch im Alltagsbewusstsein präsenten – Entgegensetzung von Staaten und Märkten. Wie gesehen, wird diese Entgegensetzung in der ordoliberalen Perspektive nur punktuell – also in Zeiten der drohenden Katastrophe – hinterfragt, um zugleich die These von der prinzipiellen Überlegenheit eines von staatlichen Einflüssen möglichst freien Marktes zu bekräftigen. Selbst konträre keynesianische Sichtweisen neigen dazu, mit der These vom Marktversagen die grundlegende politisch-staatliche Konstitution – marktliberaler – ökonomischer Verhältnisse auszublenden (vgl. Röttger 1997, 33ff). Dies ist nicht zuletzt insofern von Belang, als die einseitig-positive Bezugnahme auf den Staat nur dessen Umfang, nicht aber die Qualität und den sozialen Charakter der Staatstätigkeit thematisiert; mit der Folge, dass der oppositionelle gesellschaftliche Diskurs durch einen etatistischen Bias geprägt ist, der über so manche kritikwürdige Staatsintervention nur allzu leicht hinweggeht (vgl. hierzu bereits Hall 1989).

Der marktliberale Diskurs begünstigt nicht nur die (Selbst-)Blockade gesellschaftspolitischer Alternativkonzeptionen. Er hat selbst ebenso die Verallgemeinerung spezifischer, insbesondere besitzindividualistischer Denkfiguren und Begrifflichkeiten gefördert (vgl. Klages 2009, 102ff). Wenn es z.B. um die staatlichen Finanzen geht, ist stets vom „Geld der Steuerzahler“, nicht aber von „öffentlichen Geldern“ die Rede. Damit wird implizit suggeriert, dass der Staat auf Kosten aller Wirtschaftsbürger lebt, da er selbst nur einige wenige Leistungen bereitstellt und ansonsten zur Verschwendung neigt. Entsprechend konzentriert sich die politische Diskussion einerseits auf die Frage, wie die leistungsbereiten Wirtschaftsbürger vor den Übergriffen des Staates – in Gestalt höherer Steuern – zu schützen sind. Andererseits wird darüber debattiert, wie durch mehr private Initiative und Wettbewerbselemente weite Bereiche der öffentlichen Infrastruktur – so z.B. die Energieversorgung, die Bahn und der ÖPNV, die Post, die Telekommunikation oder auch Schulen und Universitäten – und sogar die sozialen Sicherungssysteme, d.h. die Renten- und Gesundheitssysteme, effizienter und profitabler organisiert werden können.

Obwohl die offensichtlichen Versorgungsdefizite, die die Privatisierung und Kommerzialisierung der öffentlichen Infrastruktur und der Sozialsysteme mit sich bringt, zuweilen recht kritisch gesehen werden (vgl. Bieling et al. 2008; Van Gyes et al. 2009), hat die Wirtschafts- und Finanzkrise bislang keinen Kurswechsel gebracht. Dies deutet darauf hin, dass das besitzindividualistische Denken, das in besonderem Maße den jüngeren, auf ihre individuelle Leistungsfähigkeit vertrauenden Generationen zu eigen ist (vgl. Der Spiegel 2009), mit einem strukturellen Konservatismus korrespondiert. Dieser hat nicht nur, so aber doch in erster Linie die wohlhabenden Teile der Gesellschaft erfasst. Er gründet sich allgemein auf die „Angst vor dem Absturz“ (Ehrenreich 1992), also auf das Gefühl oder die Befürchtung, in der Krise etwas verlieren zu können: den Arbeitsplatz,

das Eigenheim, die Ersparnisse oder die Altersrücklagen. Selbst unter den Bedingungen großer Unsicherheit sprechen sich viele daher nicht für einen – als unkalkulierbares Experiment erscheinenden – politischen Kurswechsel, sondern nur für leichte Korrekturen und Modifikationen aus. Sie hegen mithin die Hoffnung, dass das strukturkonservative staatliche Krisenmanagement, so z.B. der Rettungsschirm für die Banken, die Abwrackprämie oder auch die Kurzarbeit – einen relativ glimpflichen Krisenverlauf ermöglicht. Der auf später verschobene Rückzug des Staates, Steuersenkungen und ein erneutes Wirtschaftswachstum sollen dann helfen, die öffentlichen und privaten Kosten der Krisenbewältigung zu minimieren.

Diese Überlegungen lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass das Leitbild des um die Katastrophenschutzfunktion erweiterten Wettbewerbsstaates nicht nur der politisch-prozeduralen Organisation des staatlichen Krisenmanagements entspricht, sondern auch durch die diskursiven und materiellen Bedingungen der gesellschaftlichen (Krisen-)Reproduktion, also durch die bestehenden Machtverhältnisse gestützt wird. Diese wiederum gleichen weitgehend den von Colin Crouch (2008) erläuterten gesellschaftlichen und politischen Strukturen der „Postdemokratie“. Im Kern markiert die „Postdemokratie“ einen Modus der öffentlichen Diskussion und Entscheidungsfindung, der maßgeblich von marktliberalen Politikern, Managern, Shareholdern und anderen Finanzmarktakteuren sowie diversen Experten und Consulting-Agenturen kontrolliert wird, während auf soziale Umverteilung und sozialen Ausgleich bedachte Organisationen nur eine nachgelagerte Rolle spielen und sich große Teile der Bevölkerung – insbesondere die Gruppen mit geringem Einkommen und die prekär Beschäftigten – resignierend aus der politischen Diskussion zurückgezogen haben.

Verdrängungsmechanismen und Politisierungsoptionen

Die nur zaghafte Artikulation von sozialem Protest indiziert, dass sich die „postdemokratische“ Austrocknung eines kritischen gesellschaftlichen Diskursraumes bislang auch unter Krisenbedingungen fortsetzt. Ob dies so bleibt, ist mit Blick auf die latente populäre Wut aber keineswegs gewiss. Außerdem spricht einiges dafür, dass die bisherige Praxis und auch das dominante Leitbild der staatlichen Politik mit der Fortdauer der Krise erneut in Frage gestellt werden: zum einen, weil jenseits der Finanzkrise andere drängende Krisenprozesse – insbesondere die Energie- und Klimakrise – fortbestehen (vgl. hierzu Altvater 2009); und zum anderen, weil durch das staatliche Krisenmanagement – und den Staat als Katastrophenschützer – die Ursachen der Krise nicht beseitigt werden.

Die Ursachen der Krise sind nicht ganz leicht zu bestimmen. Sie bestehen im Kern darin, dass im Zusammenspiel von struktureller Überakkumulation, Finanzmarktderegulierung und der Finanzialisierung der Ökonomie

systematisch Finanzblasen generiert wurden. Dies gilt umso mehr, als es die Spielregeln des globalen Dollar Wall Street Regimes (DWSR) – offene Kapitalmärkte, freie Wechselkurse und die internationale Währungskonkurrenz (vgl. Gowan 1999) – den USA ermöglichten, die globalen Geld- und Kapitalmärkte, so auch die europäischen, gewissermaßen in den eigenen nationalen Reproduktionskreislauf zu integrieren (vgl. Bieling 2009b) und das strukturelle US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit in wachsendem Maße durch Finanzblasen – erst die der New Economy und dann die der Subprime-Papiere –, die ausländische Kapitalzuflüsse mit sich brachten, auszubalancieren.

Obwohl die Folgen und Risiken für die Weltwirtschaft inzwischen bekannt sind, ist die Funktionsweise des globalen DWSR im Zuge des internationalen Krisenmanagements allenfalls punktuell – mit Blick auf die Regulation der Finanzmärkte – modifiziert worden (vgl. Roth 2009, 116ff). Über die globalen makroökonomischen Ungleichgewichte und die Möglichkeiten, diese durch ein neues kooperatives Wechselkursregime zu korrigieren, wurde nicht ernsthaft diskutiert. Damit bleibt eine zentrale strukturelle Anreizstruktur zur Bildung von Finanzblasen bestehen. Ob und in welcher Form diese wirksam wird, ist freilich schwer zu prognostizieren: Auf der einen Seite werden sich aufgrund der Erfahrungen mit der Subprime-Krise die Aufsichtsbehörden – wohl auch in den USA – und viele Finanzanleger in den nächsten Jahren vermutlich vorsichtiger verhalten; auf der anderen Seite sind im Prozess der Krisenbekämpfung aber auch in großem Stile öffentliche Gelder mobilisiert worden, so dass die Entwertung des Anlage suchenden Finanzkapitals insgesamt erheblich abgebremst wurde.

Die Mobilisierung öffentlicher Gelder nährt nun allerdings nicht nur die Risiken einer erneuten Finanzblase. Sie trägt auch dazu bei, dass sich mit Blick auf die Staatsfinanzen die Krisendynamik zeitlich verschiebt und räumlich verlagert. Die zeitliche Verschiebung besteht vor allem darin, dass der sprunghafte Anstieg der Staatsverschuldung (vgl. FAZ v. 19. Nov. S. 12) mittel- und langfristig eine Gegenfinanzierung verlangt. Diese kann grundsätzlich in höheren Inflationsraten, also einer (Teil-)Entwertung der Schulden zulasten der Gläubiger bestehen, was angesichts der Macht der Geldvermögensbesitzer und der Spielregeln der Wirtschafts- und Währungsunion aber eher unwahrscheinlich ist. Gleiches gilt zunächst auch für die Option, durch ein prospektiv höheres Wirtschaftswachstum oder durch eine höhere Kapital- und Unternehmensbesteuerung die staatlichen Einnahmen zu steigern. Gemäß dem Leitbild des „verschlankten Wettbewerbsstaates“ bleibt damit eigentlich nur die Möglichkeit, den Staat durch die weitere Privatisierung von Sozial- und Infrastrukturaufgaben – etwa in den Bereichen der Müllentsorgung, des ÖPNV, der Bildung, Krankenpflege oder Alterssicherung – zu entlasten oder die hierfür anfallenden Beiträge und Gebühren zu erhöhen.

Verschärfte Verteilungskämpfe werden demzufolge auch zukünftig die politische Szenerie prägen. Nachdem die Unternehmen und Beschäftigten bereits im unmittelbaren Krisenverlauf darum gerungen haben, mit Hilfe öffentlicher Gelder – in Form von Staatsbeteiligungen, Krediten, Bürgschaften, Abwrackprämien oder Kurzarbeitergeld – ihr „Überleben“ zu sichern, verlagert sich mit Blick auf die Gegenfinanzierung die Krise noch weiter ins politische System. Damit steigt zugleich die Wahrscheinlichkeit ihrer weiteren Politisierung. Dies gilt zumindest dann, wenn die Profiteure der Krise, also diejenigen, die zuvor öffentliche Gelder erhalten haben oder durch die Insolvenz von Konkurrenten nun Marktanteile erobern, nicht oder nur symbolisch in die Pflicht genommen werden, dafür aber die mittleren und unteren Einkommensgruppen und Sozialleistungsempfänger überproportional belastet werden.

Da eine solche Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern durchaus zu erwarten ist, dürften auch die – potenziellen – Widersprüche und Legitimationsprobleme des marktliberal-interventionistischen Krisenmanagements weiter anwachsen. Diese zu thematisieren, d.h. den sozial ungerechten und ökonomisch widersinnigen Charakter der vorherrschenden Politik offenzulegen, kann jedoch nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer progressiven Krisenüberwindungsstrategie sein. Ein zweiter Schritt bestünde darin, alternative Konzepte der staatlichen Schuldenbegrenzung zu entwickeln. Unter anderem könnten die öffentliche Aufmerksamkeit verstärkt auf die gesellschaftlichen Reichtums- und Eigentumsverhältnisse gelenkt und die Gemeinwohlverpflichtung des privaten Vermögensbesitzes eingefordert werden. Eine reine Umverteilungsdiskussion würde dabei freilich viel zu kurz greifen und wäre vermutlich auch gesellschaftlich wenig ausstrahlungskräftig. Im Sinne einer politisch mobilisierenden und zugleich zukunftsorientierten Perspektive müsste – in sozialen Bewegungen, Verbänden und politischen Parteien – drittens daher intensiver darüber debattiert werden, ob und wie spezifische Elemente einer neuen „mixed economy“ dazu beitragen können, solidarische und umweltverträgliche Arbeits- und Lebensformen zu ermöglichen.

Literatur

- Ackermann, Josef, 2009: Der Staat muss als letzter Retter bereitstehen. Interview in Handelsblatt vom 9. März
- Ahmia, Tarik, 2008: Das Schweigen der Ökonomen. In: Die TAZ v. 20./21. Dezember
- Altwater, Elmar, 2009: Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzkrise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 54(3), 45-59
- Bankenverband, 2009: Finanzmarktstabilisierung und Exit-Lösungen, defacto 05, Oktober, Berlin
- Bieling, Hans-Jürgen, 2009a: „Privat vor Staat“? Zur Entwicklung politischer Leitbilder über die Rolle des Staates. In: WSI-Mitteilungen 62(5), 235-242

- Bieling, Hans-Jürgen, 2009b: Wenn der Schneeball ins Rollen kommt: Überlegungen zur Dynamik und zum Charakter der Subprime-Krise. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 16(1), 107-121
- Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan (Hrsg.), 2008: Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union. Münster
- Bofinger, Peter, 2009: Für eine neue Balance von Staat und Markt. In: FR vom 7. April
- Bsirske, Frank, 2008: Die Richtung ändern. In: Ver.di Publik, November
- Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Frankfurt/M.
- Demirovic, Alex, 2009: Gibt es ein Window of Opportunity? <http://dgbdebatte.blogspot.com/2009/06/alex-demirovic.html>
- Der Spiegel, 2009: Die Krisenprofis. In: Der Spiegel Nr. 25, 48-64
- Ehrenreich, Barbara, 1992: Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse. München
- Giddens, Anthony, 1994: Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics. Cambridge/Oxford
- Gowan, Peter, 1999: The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance. London; New York
- Habermas, Jürgen, 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen, 2008: Nach dem Bankrott. Der Privatisierungswahn ist an sein Ende gekommen. Nicht der Markt, sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig. Interview in: Die Zeit v. 6. November
- Hall, Stuart, 1989: Der Staat – der alte Verwalter des Sozialismus. In: ders.: Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus. Hamburg/Berlin, 220-235
- Harvey, David, 2009: Was tun? Und wer zum Teufel tut es? In: Luxemburg 1(1), 100-109
- Hennis, Wilhelm, 1976: Legitimität. Zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. In: Kielmansegg, P. G. (Hrsg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. PVS-Sonderheft 7, 9-38
- Jessop, Bob, 1993: Towards a Schumpeterian workfare state? Preliminary remarks on post-Fordist political economy. In: Studies in Political Economy 14(1), 7-39
- Kläges, Johanna, 2009: Meinung – Macht – Gegenmacht. Die Akteure im politischen Feld. Hamburg
- Koch, Roland, 2008: Versagt hat nicht die Marktwirtschaft. In: FAZ v. 22. Oktober
- Matz, Ulrich, 1978: Zur Legitimität der westlichen Demokratie. In: Kielmansegg, P. G./Matz, U. (Hrsg.): Die Rechtfertigung politischer Herrschaft: Doktrinen und Verfahren in Ost und West. Freiburg/München, 27-58
- Metzen, Heinz, 1994: Schlankheitskur für den Staat. Lean Management in der öffentlichen Verwaltung. Frankfurt a.M./New York
- Merkel, Angela, 2009: Die volle Wucht der Krise wird uns im nächsten Jahr erreichen. Regierungserklärung vom 10. November. In: Das Parlament, Nr. 47, Debatten-Dokumentation, 1-4
- Offe, Claus, 1972: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt/M.
- Roth, Karl Heinz, 2009: Die globale Krise. Hamburg
- Röttger, Bernd, 1997: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster
- Sachverständigenrat, 2009: „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“, Jahresgutachten 2009/2010; <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/ga-content.php?gaid=55>
- Schuppert, Gunnar Folke, 2008: Der Gewährleistungsstaat. Zum Wandel der Staatlichkeit im Spiegel sich wandelnder Staatsbilder. In: Vorgänge 47(2), 14-25
- Straubhaar, Thomas/Wohlgemuth, Michael/Zweynert, Joachim, 2009: Rückkehr des Keynesianismus: Anmerkungen aus ordnungspolitischer Sicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 20, 19-26

- van Gyes, Guy/Vael, Thomas/Vandekerckhove, Sem, 2009: Liberalising services of general economic interest: the citizen-user perspective in six EU countries. Pique Policy Paper No. 5, Wien
- Westerwelle, Guido, 2009: Der starke Staat ist schlank. In: FR vom 8. April
- Wohlgemuth, Michael, 2009: Die politische Ökonomie des Ausnahmezustands. In: Wirtschaftsdienst, Heft 4, 219-223
- Zinn, Karl Georg, 2008: Die Keynesische Alternative. Hamburg



**KLIO Buchhandlung und Antiquariat
von der Crone, Heiniger Linow & Co.**

Wissenschaftliche
Buchhandlung mit
umfangreichem
Sortiment und
fachspezifischen
Dienstleistungen

Buchhändlerisch und
wissenschaftlich
ausgebildetes Personal

Eigene Neuheitenkataloge

An- und Verkauf
antiquarischer Bücher

Geschichte

Philosophie

Mathematik

Germanistik

Alte Sprachen

Soziologie

Politologie

Ethnologie

Theologie

Kommunikation

Belletristik

KLIO Buchhandlung
Zähringerstrasse 45
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 42 12

KLIO Antiquariat
Zähringerstrasse 41
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 86 10

www.klio-buch.ch

